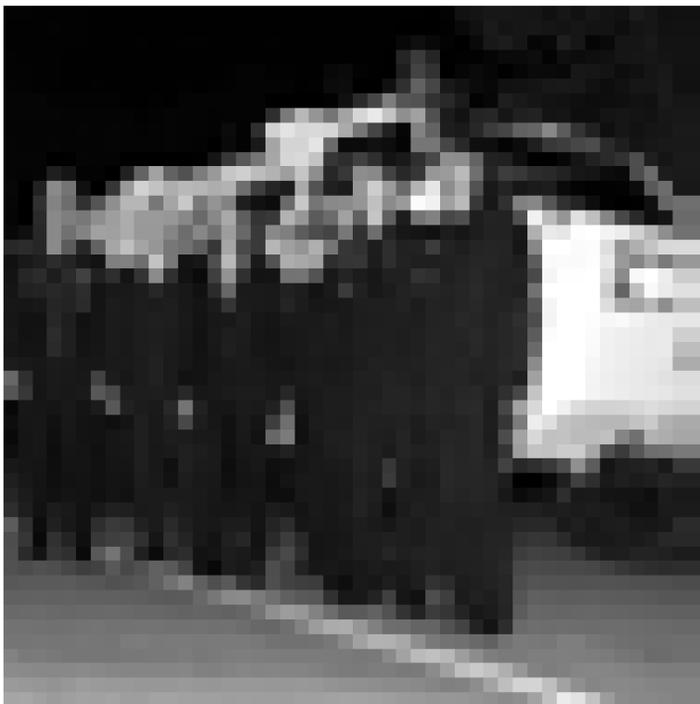


BIOMETRISCHER PASS

450 Millionen Verdächtige



Sonderwagen für mehr Sicherheit: Am Rande der Sitzung des Rats für Justiz Inneres übergab Otto Schily die Schlüssel von vier Bundesgrenzschutzfahrzeugen an seinen Luxemburger Kollegen. Die Flotte wurde im Rahmen der Vorbereitungen für die Luxemburger Präsidentschaft angeschafft. (Foto: SIP)

Die neuen EU-Pässe haben's in sich: Ein Chip mit zwei biometrischen Merkmalen soll für eine fälschungssichere Identifizierung jeder Person sorgen. Damit sind erstmals Massenvergleiche von persönlichen Daten möglich. Doch das scheint nur wenige zu stören.

Die fünf Großen der EU hatten es bereits am Montag vor einer Woche vorgegeben: Die neue Generation der digitalen Ausweise müssen nicht nur ein, sondern zwei biometrische Merkmale enthalten. Noch im Juni hatte sich der Rat für Justiz und Inneres mit der Aufnahme von digitalen Fotos für EU-Pässe begnügt. Anfang dieser Woche berieten sich die Innenminister der 25 EU-Staaten in Luxemburg und schlossen sich dem Vorschlag von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien an.

Somit wird jeder der 450 Millionen Besitzer eines EU-Passes innerhalb der nächsten Jahre zur Abgabe seines Fingerabdruckes und zum Ablichten seines Gesichtes ins Passbüro gebeten. Der neue Digi-Pass wird mit einem Minichip versehen, auf dem die eingescannten Daten gespeichert sind. Diese Daten tragen EU-BürgerInnen nicht nur mit sich herum - sie werden auch in nationalen Datenbanken und einem Europäischen Register für ausgegebene Pässe gespeichert. Schon nach zehn Jahren könnte ein neuer Gang zur Passbehörde nötig sein: Aufgrund der menschlichen Alterung wird die Haltbarkeit der Daten auf circa ein Jahrzehnt geschätzt.

Mehr Sicherheit, so heißt das Argument der EU-Regierungen für die neue Pass-Generation. Durch die Speicherung von biometrischen Daten würde eine "zuverlässigere Verbindung zwischen Pass und dessen Besitzer" hergestellt, so der Minister-Rat am Dienstag nach dem Treffen in

Luxemburg. Gerne führen sie auch den Druck aus Übersee in der Liste der zwingenden Gründe für die Neuerungen auf. Die bereits um ein Jahr verschobene Deadline der US-Behörden steht: Bis zum 25. Oktober 2005 müssen EU-Pässe mindestens ein biometrisches Merkmal enthalten, ansonsten droht Visa-Pflicht für USA-Reisende. Das jedoch auch mehrere EU-Staaten bereits Bedarf an der zu erwartenden Datenflut angemeldet haben, wird von EU-Seite meist weniger laut betont.

Einschnitte in die Privatsphäre lassen sich besser verkaufen, wenn sie als unumgängliche Auflage des datenschutzfeindlichen Amerika gelten. Doch der große Protest gegen die Geburt des gläsernen EU-Bürgers blieb auch in Europa bislang aus. Die neue Art, Personen zu identifizieren und vor allem ihre Daten zu speichern und damit vergleichbar mit einer Masse von anderen zu machen, stelle der "Beginn der Massenüberwachung, bei der jeder als 'verdächtig' gilt", analysiert die NGO Statewatch. Ihr Sprecher Tony Bunyan bemüht schwerwiegende Vergleiche: "Es scheint, als habe man nichts aus der europäischen Erfahrung mit totalitären Regimes gelernt, die ebenfalls die persönliche Privatsphäre den staatlichen Forderungen unterstellten."

Fälschung leicht gemacht

Die vielbeschworene Zivilgesellschaft griff das Thema trotz akuter Aktualität bisher kaum auf, Bedenken werden vorwiegend in der Expertenwelt geäußert. So zum Beispiel Anfang Oktober, als eine Kommission des Europäischen Parlaments vier Sachverständige anhörte. Ihre einstimmige Meinung: Der massenhafte Einsatz der neuen Technologie ist verfrüht, die Folgen sind nicht absehbar. Bernadette Dorizzi, Professorin am Institut National des Télécommunications in Paris etwa machte auf die bis zu 40 Prozent hohen Fehlerquoten der digitalen Gesichtserkennung aufmerksam. Studien des deutschen Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnologie stellten zwar "nur" eine Rate von fünf Prozent fest, beim digitalen Fingerabdruck wird jedoch "die Wahrscheinlichkeit einer falschen Zurückweisung einer Person mit korrektem Ausweis" auf immerhin 1:50 geschätzt.

Zwei Tage nachdem Luxemburgs Justiz- und Verteidigungsminister Luc Frieden auf dem alljährlichen Polizeifest die Vorzüge der fälschungssicheren Pässe angepriesen hatte, druckte ausge-rechnet das Luxemburger Wort eine dpa-Meldung mit dem Titel

"Fingerabdruck im Pass erhöht Sicherheit nicht" ab. Die Warnung hatte der Chaos Computer Club (CCC) aus Hamburg lanciert. Auf seiner Webseite (www.ccc.de) demonstriert der Club, wie nahezu jeder sich selbst mit etwas Fingerspitzengefühl, Sekundenkleber und digitaler Nachbereitung zu einer neuen Identität verhehlen kann. Um zu zeigen, dass Ausweisdokumente durch biometrische Merkmale nicht sicherer werden, will die Fachgruppe Biometrie des CCC auf dem diesjährigen Chaos Communication Congress im Dezember deren "technische Überwindbarkeit" öffentlich zur Schau stellen.

Die Einführung eines Identifikations-Systems, das eine entwürdigende erkennungsdienstliche Erfassung aller Bürger erfordert, wie sie bisher nur für Straftäter üblich ist, steht in keinem Verhältnis zum erzielbaren Sicherheitsgewinn, so der CCC. Er fordert eine öffentliche Debatte und eine bessere Aufklärung der Bevölkerung.

Die Diskussionen sollten nicht nur auf die technischen Aspekte fokussieren, merkte Julian Ashbourn bei der Anhörung im Europaparlament an. Der Experte, der die britische, US-amerikanische und japanische Regierung in Sachen Biometrie berät, wies auf die bislang kaum diskutierte, sozialen Auswirkungen hin. Staaten, die nur dürftig durchdachte Biometrie-Vorhaben lancierten, riskierten die "Entfremdung von verantwortungsbewussten Bürgern". Ob sich die BürgerInnen des Einsatzes von biometrischen Hilfsmitteln außerhalb ihrer Ausweispapiere immer bewusst werden, ist allerdings fraglich. Denn gerade der heimliche Einsatz von Bewegungsmeldern könnte die Sicherheitsbehörden interessieren. Rein technisch gesehen wird es dank der gespeicherten digitalen Personenmerkmale schon bald möglich sein, einzelne Personen in Menschenmengen durch automatische Gesichtskontrollen zu identifizieren. Dann könnte die Kamera in der Bahnhofshalle, an der Autobahn oder im Flughafen solche Bewegungsdatenbanken füttern.

Danièle Weber

Villeroy & Boch legt kräftig zu

Der Sanitär- und Keramikspezialist Villeroy & Boch hat in den ersten neun Monaten 2004 Umsatz und Gewinn deutlich gesteigert. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern sei auf 20,7 Millionen Euro gegenüber 11,2 Millionen Euro im Vorjahr gestiegen, teilte das Unternehmen diese Woche in Mettlach mit. Der Umsatz kletterte auf von 707,6 Millionen auf 732,2 Millionen Euro. Trotz "weiterhin ungünstiger Rahmenbedingungen" erwartet die Konzernleitung für 2004 einen Umsatz über dem Vorjahresniveau. Die Nachricht dürfte über hundert MitarbeiterInnen des luxemburgischen Stammhauses kaum freuen: Sie waren im Winter 2003 entlassen worden.

Juncker allein zuhause

Vielleicht hätte Jean-Claude Juncker am Donnerstag lieber zum Telefon greifen sollen - statt seinen lettischen Amtskollegen Indulis Emsis mit allem Pipapo zur Staatsvisite einzuladen. Denn das Parlament in Riga lehnte in Abwesenheit ihres Premiers den Haushaltsentwurf für 2005 ab. Die seit März amtierende Minderheitsregierung in Lettland ist gescheitert, der Stuhl des lettischen Premiers wackelt - und Juncker darf sich bald mit neuen Regierungsvertretern aus Riga treffen. Das neuerliche Hin und Her im Terminkalender wird ihn nicht freuen: Nach den Wirrungen um die neue EU-Kommission fallen auch Junckers für nächste Woche vorgesehene Treffen mit den Kommissars AnwärterInnen aus.

Alle haben gewonnen

Rückzieher in letzter Minute: Der designierte EU-Kommissionspräsident José Barroso stellt seine Kommission dem Parlament nicht zur Wahl. Ein Sieg für die Demokratie, jubelten die frisch gestärkten Europa-Abgeordneten. Die Aufregung, die in Straßburg herrschte, machte jedoch deutlich: Bei so viel Demokratie bekamen so manche ParlamentarierInnen kalte Füße. Die Frage, wie viel davon dieses Parlament vertragen kann, bleibt ohnehin offen. Denn dass bei der eigentlichen Abstimmung ein klares Nein herausgekommen wäre, ist gar nicht so sicher, wie es nun die Abgeordneten darstellen wollen. Doch Schwamm drüber - nun freuen sich die, die für diese Kommission gestimmt hätten, gleichermaßen mit denen, die dagegen waren. Hauptsache, "das Parlament" hat sich durchgesetzt. So auch die Aussagen der sechs Luxemburger Abgeordneten: Plötzlich wollte niemand mehr wirklich hinter dem Barroso-Team stehen. Es sei die mangelhafte Kompetenz und nicht etwa die Parteikarte der einzelnen Kommissionsmitglieder, die zu dieser kritischen Haltung führe, beteuerten viele. Was es heißt, wenn die Demokratie siegt, wird sich erst herausstellen, wenn Barroso neue Vorschläge auf den Tisch legt. Dann werden auch die Abgeordneten Gelegenheit haben, ihre rein kompetenz-orientierte Kritik neu zu formulieren.

RTL weiß alles

Das RTL-Fernsehen ist bei Wahlen ein Schwergewicht, an dem niemand, auch keine woxx-Journalistin, vorbei kommt. Wahlprognosen aufzustellen und Wahlergebnisse zu analysieren, ist aber längst nicht alles, was die KollegInnen vom Kirchberg können. Nachrichtensprecherin Caroline Mart kann sogar ... Wahlergebnisse vorhersehen. Während am Montagabend die LSAP-Basis noch darauf wartete, ihre Stimmen zur Wahl des neuen Fraktionspräsidenten abzugeben, kannte die rasende Reporterin Mart schon das Ergebnis. Der Alex isse, frohlockte sie sinngemäß im Interview mit Kandidat Bodry - und der drückte vorsorglich schon mal seine Freude über sein neues Amt aus.

Die woxx fragt sich besorgt: Herrschen bei der LSAP tunesische Zustände? Dort gab es auch nur einen Kandidaten, der als Sieger eigentlich bereits im Vorfeld feststand. Immerhin: Die tunesische Presse gratulierte dem Sieger zum undemokratischen Wahlsieg erst hinterher. Aber die hat ja auch keine Caroline Mart.

